

Chancen und Risiken im neuen Linksprojekt

von Gerry Woop

Die derzeitige Dynamik der politischen Entwicklung bringt Chancen für die PDS, aber auch für die Linke insgesamt mit sich, die vor wenigen Monaten oder auch nur Wochen kaum vorstellbar waren. Nicht, dass das Scheitern von Rotgrün und die von Gerhard Schröder eingeleitete Machtübergabe an die erste Kanzlerin der Bundesrepublik für sich ein Grund zum Feiern wären. Die Freude darüber, mit der Kritik an Hartz IV, an anderen Formen der sozialen Schieflage sozialdemokratischer Politik der letzten Jahre und am falschen Kurs bei der Schaffung von Arbeitsplätzen Recht behalten zu haben, hält sich angesichts der realen Ergebnisse rotgrüner Regierungszeit, der erzeugten Enttäuschungen über linke oder vermeintlich mitte-linke Politik in Grenzen. Eine konservativ-neoliberale Politik steht ab Herbst 2005 in Deutschland, und so auch mit Auswirkungen auf Europa, zu befürchten.

Gleichwohl ergeben sich in dieser Situation für die PDS neue Optionen. Es scheint wichtig, sich über die Chancen zu verständigen, um der eigenen politischen Verantwortung gegenüber Mitgliedern, aber auch gegenüber hoffnungsvollen bis euphorischen linken WählerInnen gerecht zu werden. Die Möglichkeit, zwischen sechs und acht Prozent durch ein linkes Wahlbündnis zu erreichen, ist für viele verlockend und muss als einmalige Chance mit bedacht werden. Dennoch gilt es, sich über die Interessenlagen der Akteure, über deren Risiken und damit über Zukunftsszenarien zu verständigen, um längerfristig erfolgreich zu agieren. Dabei scheint es wichtig, auch die Standpunkte aufzuhellen, von denen aus die Entwicklung bewertet werden soll, um Missverständnisse zu minimieren. Hier erfolgt eine Bewertung aus der Sicht linker Reformpolitik der PDS.

Die historische Chance

Es deutet einiges darauf hin, dass bei den bevorstehenden vorgezogenen Neuwahlen zum Bundestag ein sehr gutes Ergebnis für die Linke erreicht werden kann. Schon die Chance für den Wiedereinzug der PDS in den Bundestag besteht und wäre ein linker Erfolg. Die Stärke im Osten, die allgemeine Schwäche der SPD, Enttäuschung über unsoziale Politik von Rotgrün, der zu erwartende Gysi-Effekt und mögliche drei Direktmandate wären die Basis dafür. Mit dem Angebot von Oskar Lafontaine zur Kandidatur für ein Linksbündnis aus PDS und WASG könnte jedoch weitaus mehr erreicht werden. Nicht nur die ca. 5 Prozent der PDS und die schwer abschätzbaren bundesweit 1,5 Prozent der WASG (geht man von 2,2 im Gründungs- und Kernland dieser Gruppierung in NRW aus) würden sich zu über sechs Prozent addieren. Es besteht die Chance, einen zusätzlichen prozentual wirksamen Dynamikeffekt aus der Kooperation und aus der Teilnahme von Oskar Lafontaine am Wahlprojekt zu realisieren. Dieses Ziel – und sich daraus ergebende weitere Perspektiven – haben viele Linke vor Augen, die jetzt eine Verständigung zum Wahlprojekt fordern.

Allerdings bestünde in einem solchen Ergebnis noch nicht das historisch Relevante. Auch die Grünen konnten sich seinerzeit im Parteienspektrum etablieren. Und der PDS gelang als politischer Kraft links von der Sozialdemokratie bereits mehrfach der Einzug in den

Bundestag. Politisch besteht sie seit Jahren stabil im bundesdeutschen Parteiensystem. Das Problem besteht darin, dass kulturelle Barrieren eine Etablierung der PDS in westlichen Bundesländern auf relevantem Niveau bislang unmöglich machten. Alle Varianten des Aufbaus von unten, zentral gesteuert, über kommunale Verankerung, mit offenen Listen etc. sind gescheitert. Das Größenverhältnis West/Ost macht diese strukturelle Schieflage in der bundesdeutschen Gesamtpräsenz zur Existenzfrage für die PDS. In dieser Logik stand immer die Frage, ob sich ein relevanter Teil der westdeutschen Linken links von der Sozialdemokratie etablieren kann und wie dieser zur PDS steht. Es ist dabei noch kein Erfolg in der bundesdeutschen Geschichte zu verzeichnen gewesen. Auch die WASG kann dies nicht vorweisen; ein alleiniger Einzug in den Bundestag steht trotz einer Bekundung über Wählerpotenziale von 16 Prozent offenkundig nicht an. Die eigentliche historische Chance besteht deshalb gegenwärtig darin, durch Kooperation und unter Nutzung von medienwirksamen Prominenteneffekten erstmalig eine politische Kraft links von der Sozialdemokratie in Deutschland zu etablieren.

In diesem Blickwinkel macht die Kooperation als Vorstellung einer historischen Chance nur Sinn, wenn die Wahlplattform in einen Prozess zur Gestaltung der gemeinsamen Partei mündet.

Verteilte Gewinne und Risiken

Es ist zu fragen, wer in einer so beschriebenen parteipolitischen Entwicklung Interessen verwirklicht. Zunächst ist angesichts dramatischer Umbrüche in den Sozialsystemen und der Art rotgrüner Politik einschließlich Hartz IV von zahlreichen Menschen auszugehen, die negative soziale Erfahrungen machen müssen. Arbeitslosigkeit, steigendes Armutsrisiko, Abstiegsängste von Mittelschichten, Bildungskrise sind die Kennworte, die für Menschen konkrete Erfahrungen bedeuten und Kritik an unsozialer und neoliberaler Politik hervorrufen. Diese partiell an linker Politik interessierten Wählerschichten, aber auch direkt in sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, globalisierungskritischen und Friedensgruppen Engagierte, sehen in der Formierung einer Erfolg versprechenden bundespolitisch relevanten linken Kraft einen Hoffnungsschimmer, eine Möglichkeit, ihrer Protesthaltung gegen vorherrschende Politik Ausdruck zu verleihen. Sie sehen jedoch auch zu einem nennenswerten Teil eine Projektionsfläche für linke Debatten und sozial gerechte Antworten auf die Herausforderungen der Zeit. Dem muss sich der hier beschriebene Teil der Linken zukünftig noch intensiver und konkreter stellen. Offenkundig ist jedoch mit dieser inhaltlichen Begründung eine große Gruppe von Menschen als Nutznießer des Wahlprojekts und der langfristigen Perspektive anzusehen. Schließlich wäre wieder mehr – parteipolitischer und parlamentarisch mitverankerter – Raum für Menschen gegeben, die Ansprechpartner suchen oder aktiv als Mitglieder und Sympathisanten mitgestalten wollen.

Natürlich ergeben sich auch für die Parteien Nutzeffekte. Die WASG würde ohne parlamentarische Verankerung nach einer verlorenen Bundestagswahl im Angesicht ihrer eigenen innerparteilichen Querelen und der programmatischen Unklarheit über kurz oder lang wieder von der politischen Bühne verschwinden. Ihre einzige Überlebenschance besteht – nach dem sicher guten, aber weit vom Ziel, vom Landtagseinzug und von früher ausgegebenen Zielmarken entfernten NRW-Wahlergebnis – einzig in einem erfolgreichen

Einzug in den Bundestag. Und dieser ist nach Lage der Dinge nur in Kooperation mit der PDS zu erreichen, auch wenn das für Westdeutsche eine neue, für manche eine offenkundig schier unzumutbare Ost-West-Potenzialrelation ist. Dieses Faktum zu benennen, ist eben nicht Ausdruck von Arroganz, sondern von ostdeutschem Selbstbewusstsein und Realitätssinn.

Die PDS ihrerseits ist nach oder mit ihrem andauernden Scheitern im Westen über kurz oder lang zur ostdeutschen Regionalpartei verdammt und hätte somit langfristig keine Überlebenschance. Der bundespolitische Einfluss ist minimal und würde geringer werden. Sie braucht den Wiedereinzug in den Bundestag aus existenziellen Gründen. Deshalb wäre es nur gut, wenn das Restrisiko (nur zwei Direktmandate und knapp unter 5 Prozent) ausgeschlossen werden kann. Zudem würden in einer starken linken Fraktion eigene Politikalternativen wirkungsvoller in gesellschaftliche und parlamentarische Diskurse eingebracht werden. Deshalb macht eine Kooperation mit Partnern, die spezifische Potenziale zur Wahl einbringen, durchaus Sinn. Langfristig sichert die PDS ihr Überleben durch eine bundesweit verankerte Linkspartei am besten. Das kann und wird eine organisatorische und kulturelle Transformation einschließen.

Schließlich ist Oskar Lafontaine zu nennen, der wieder eine politische Bühne hätte und über direkteren politischen Einfluss verfügen würde. Dass auch Gregor Gysi nicht wirklich ohne Politik und eine dafür geeignete Bühne auskommt, soll hier nicht weiter belegt werden.

Neben den Gewinnaussichten existieren jedoch naturgemäß auch Risiken. Das nahe liegende Risiko ist der Nichteinzug in den Bundestag. Es ist für die PDS nicht ausgeschlossen, für die WASG beim alleinigen Antreten ein Fakt. Eine wie auch immer geartete Konstruktion für die Zusammenarbeit hat zwar minimalste Risiken hinsichtlich des zu erwartenden Wählerpotenzials, jedoch offenkundig große Rechtsrisiken. Letztere müssen ausgeschlossen werden. Wenn jenseits der offenen PDS-Liste mit WASG-Kandidaten keine hundertprozentige Sicherheit geschaffen werden kann, wäre das Restrisiko für die PDS vor dem Hintergrund ihrer massiv eingebrachten materiellen Ressourcen – am Rande sei hier auch die Abwicklung der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Falle einer verwirkten Wahl für die PDS erwähnt – entschieden zu groß. Die WASG hat in dem Falle, dass gemeinsam nichts gewonnen wurde, zumindest deutlich weniger zu verlieren. Das sind einfache Tatsachen, die jenseits emotionaler Begeisterung rational bedacht und vor allem bei der Kompromissuche berücksichtigt werden müssen. Das Problem des vielfach gewünschten, erhofften und auch praktisch beiderseits erwogenen gemeinsamen Agierens liegt also im Konkreten.

Der Kompromiss wäre wohl die feste Vereinbarung von Fusionsverhandlungen. Diese müssten von beiden Seiten wirklich gewollt werden. Es wäre die oben bereits beschriebene historische Chance, die eben nicht im Bundestageinzug, sondern in der Etablierung einer politischen Kraft links der Sozialdemokratie besteht. Hier muss jede Seite Zugeständnisse machen, zunächst die WASG bei der offenen Liste und die PDS mit dem über den Wahltag hinausgehenden Fusionsversprechen, das einige interne Probleme mit sich bringen wird.

Das Langfristrisiko ist je nach Standpunkt vertretbar. Es besteht vor allem in der Möglichkeit des Scheiterns der angestrebten Fusion, in Streit und Blockade innerhalb einer neuen Fraktion, schließlich im Auseinanderfallen des gemeinsamen politischen Projekts mit

katastrophalen Folgen für beide Seiten. Auch werden den Weg zur gemeinsamen Partei zahlreiche Mitstreiter aus unterschiedlichen Motiven nicht mitgehen. Das dürfte in absoluten Zahlen die PDS deutlich stärker treffen, wenn bei Mitgliedern die Kraft für das Neue nicht mehr reicht oder eine tendenziell radikalere, populistischere oder weniger reformorientierte Gruppierung nicht mehr als politische Heimat angesehen wird. Das langfristige Risiko ist nie auszuschließen. Es darf jedoch nicht die Optionen verdecken, die sich auch aus einem gemeinsamen Wahlerfolg ergeben könnten.

Identitätsunterschiede

Es gibt kulturelle Barrieren zwischen PDS und WASG. Sie waren der Grund für das Scheitern der PDS im Westen. Sie führten dazu, dass frühere PDS-Mitglieder die PDS verließen und nun in der WASG agieren. Sie lassen eine Verankerung der WASG im Osten nicht zu.

Eine gewisse ideologische Ferne besteht zwischen Kommunistischer Plattform und (Ex-) Sozialdemokraten ebenso wie diese eine Distanz zur Geschichte der PDS kultivieren.

Programmatisch steht die WASG noch auf unsicherem Grund. Von der Idee, als populistische Oppositionspartei die Bundesrepublik der 70er Jahre zu retten über die Ablehnung der Selbstkennzeichnung als Links oder sozialistischen Visionen zugewandt zu sein, bis hin zu radikalen antikapitalistischen Vorstellungen ist alles vertreten, sodass fast notwendigerweise bislang noch kein Programm zustande kommen konnte. Dagegen hat die PDS nach einem längeren Diskussionsprozess eine programmatische Grundlage geschaffen, die sozialistische Reformpolitik mit kapitalismuskritischen Positionen verbindet und demokratischen Sozialismus als ein transformatorisches Projekt versteht. Diese strukturellen, inhaltlichen und niveaubezogenen Unterschiede anzugleichen, dürfte ein komplizierter und mindestens mittelfristiger Prozess sein.

Am problematischsten scheint aus der Sicht der reformpolitischen Strömung der PDS, wie sich ein Wahlbündnis, das wesentlich mit Oppositions- und Protestcharakter erfolgreich ist, sich in der Perspektive zu Fragen der Reformen stellt und welches Politikverständnis zugrunde liegen wird. PDS-Politik enthält – vor allem auf der Basis von über 4.000 Mandatsträgern von der Kommune über Landtagsfraktionen bis zum Bundestag – einen hohen Anteil reformerischer Vorstellungen. Insbesondere in zwei Landesregierungen mit jener Partei, die gerade von WASG-Vertretern verlassen wurde, versuchen MinisterInnen und SenatorInnen sowie die sie stützenden Fraktionen, auch im exekutiven Handeln Gestaltungsräume für sozialistische Politik zu schaffen und auszufüllen. Dem liegt ein Politikverständnis zugrunde, das neben der Organisation von Protest, der Hinwendung zu außerparlamentarischen Gruppierungen, kritischen Analysen und visionären Ansprüchen sich auch den alltäglichen Erfordernissen der Suche nach Problemlösungen, nach Kompromissen, nach kleinen und konkreten Verbesserungen für BürgerInnen zuwendet. Das schließt pragmatische Schritte und die Formulierung von konsistenten und finanzierbaren Konzepten zur Reform sozialer Sicherungssysteme oder auch über Vermögensabgaben hinausgehende steuerpolitische Vorstellungen ein. Hier wird Politik nicht nur als Kritik verstanden, sondern auch und vor allem – sicher darauf basierend – als

Problemlösungsmechanismus. Es handelt sich dabei sicher um das Gegenteil von Strukturkonservatismus. Dies sollte auch in der neuen Fraktion und mehr noch in der neuen Parteiformation möglich bleiben. Es steht zu befürchten, dass die Rahmenbedingungen für Reformpolitik angesichts des jetzt schon vorhandenen Drucks von Seiten innerparteilicher Gruppierungen, PDS-naher Akteure oder auch westlicher Landesverbände plus WASG-Profil (oder besser Bandbreite) schlechter werden. Das scheint der Preis für langfristiges Überleben der PDS und Wahrnehmung gesamtdeutscher linker Verantwortung. Es ist wohl nicht auszuschließen, dass jene, die ihn zu zahlen nicht bereit sind, früher oder später im politischen Nichts oder in der links neu aufgestellten Sozialdemokratie landen.

Perspektiven

Die genannten Probleme müssen mitbedacht werden, wenn eine Wahlplattform geschaffen wird, weil ein Ignorieren später irreversible Folgen haben kann. Es geht nicht um Pflöcke, die in der Kürze der Zeit ohnehin nicht – so oder so – eingeschlagen werden können. Vielmehr ist es wichtig, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass zunächst alles möglich bleibt. Eine Grundeinteilung in zwei Unterstrukturen ist unabdingbar, um nicht unter den Zwang schneller Kompromisse zu geraten. Jede Seite - und das schließt die jeweilige nicht volle, aber weitest mögliche Bandbreite ein - muss sich wieder finden können im neuen Linksprojekt. Das emotionale Moment sollte immer berücksichtigt werden im Umgang miteinander und bei der Gestaltung des gemeinsamen Projekts. Damit ist nicht für alle denkbaren Blockaden plädiert, sondern für das sorgsame Entwickeln geeigneter organisatorischer und inhaltlicher Strukturen. Es geht darum, sich langsam anzunähern, dabei Bandbreiten zuzulassen und zugleich gemeinsam inhaltlich zu lernen und gemeinsame Erfahrungen zu machen. Charismatische Verantwortungsträger können und müssen dazu einen entscheidenden Beitrag leisten. Doch auch alle anderen Funktionsträger und letztlich die Mitglieder haben ihre Verantwortung für das Gelingen des gemeinsamen Projekts. Das gilt von den jetzt laufenden Verhandlungen über die Wahlformation und die Kooperation in einer großen linken Fraktion bis hin zur parteipolitischen Annäherung bzw. Verschmelzung.

Es sollte hier keine Euphorie verbreitet werden. Aber mit Blick auf die anstehende Wahl und die eigentliche historische Chance der Linken sollten Probleme und Risiken, sicher auch pessimistische Einsichten und Bedenken aus ostdeutscher und reformpolitischer Sicht geäußert werden. Damit möglichst viele in diesem Prozess gewinnen, Wähler wie Mitglieder, und damit sich moderne linke Politik erfolgreich etablieren und die Gesellschaft verändern kann.

Berlin, 2. Juni 2005